

Kritik an Politik wegen Tiefstand an Geburten

Familienverband fordert eine Politik, die „wieder mehr Lust auf mehr Kinder macht“

Berlin/Mönchengladbach (IDEA) – Familienverbände kritisieren die Politik angesichts des immer dramatischeren Geburtenrückgangs. Anlass ist die Mitteilung des Statistischen Bundesamtes (Wiesbaden), dass die Zahl der Geburten im vergangenen Jahr auf rund 654.300 gesunken ist. Das ist ein Minus um 3,4 Prozent gegenüber 2024 und der niedrigste Stand seit 1946. Damit gab es 2025 etwa 352.000 mehr Sterbefälle als Geburten. Die Zahl der Abtreibungen lag laut dem Statistischen Bundesamt bei 106.000 (0,7 Prozent weniger als 2024). Für den Deutschen Familienverband (Berlin) ist die wirtschaftliche Unsicherheit der Familien ein wesentlicher Grund für den Geburtenrückgang. Paare fragten sich: „Kann ich mir heute ein Kind überhaupt noch leisten“, sagte Bundesgeschäftsführer Sebastian Heimann gegenüber Welt TV. Er kritisierte, dass das Elterngeld seit Jahrzehnten nicht gestiegen sei und Kindergelderhöhungen nicht einmal die Inflation widerspiegeln. Hinzu komme fehlendes Vertrauen in die Politik. Heimann verwies auf die Debatte um die Abschaffung des Ehegattensplittings und die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung. Das Ende des Ehegattensplittings wäre mit einer Größenordnung von etwa 20 Milliarden Euro die „größte Steuererhöhung für Familien in der Geschichte der Bundesrepublik“. Familienpolitik werde heute nicht mehr für Familien gemacht, sondern sei vor allem eine Art Arbeitsmarktpolitik. Es gehe um die Frage: „Wie schnell kann ich Väter und Mütter wieder zurück in den Arbeitsmarkt führen?“ Heimann zufolge kann Zuwanderung allein das Problem fehlender Fachkräfte und Beitragszahler für die Sozialversicherungssysteme nicht lösen. Notwendig sei vielmehr eine Familienpolitik, „die wieder mehr Lust auf mehr Kinder macht“.

Verband kinderreicher Familien fordert Gesinnungswandel

Die Bundesvorsitzende des Verbandes kinderreicher Familien, Elisabeth Müller (Mönchengladbach), erklärte auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA, dass sich die demografische Entwicklung seit langem abzeichne: „Nun kommen zusätzlich die geburtenschwachen Jahrgänge der 1990er Jahre ins familiengründende Alter.“ Umso wichtiger wäre es nach ihren Worten gewesen, frühzeitig stabile und familienfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Stattdessen erlebten viele Familien derzeit eine wachsende Unsicherheit. Das spiegele sich in den Geburtenzahlen wider. Müller zufolge wäre ein grundlegender Gesinnungswandel notwendig. Man brauche die Einsicht, dass eine Gesellschaft ohne Kinder nicht zukunftsfähig sei und die Familie ein tragender Wert für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sei. Das erfordere „endlich die Bereitschaft, Demografie politisch ernsthaft und offen zu diskutieren“ und das mit Blick auf konkrete Lebensrealitäten von Familien. Außerdem komme es darauf an, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Was benötigt werde, sei längst bekannt: bezahlbarer Wohnraum, verlässliche Bildungs- und Betreuungsstrukturen, ein steuerliches System, das Familien nicht zusätzlich belaste, sowie mehr Planbarkeit, Verlässlichkeit und echte Wahlfreiheit für Eltern, wie sie ihr Leben ausgestalten wollten.

AfD spricht von „demografischer Katastrophe“

Die AfD-Familienpolitikerin Kerstin Przygodda nannte die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen ein „ebenso trauriges wie alarmierendes Signal für unser Land“. Es seien „Schockzahlen“. Die demografische Abwärtsspirale setze sich fort, „ohne dass die hierfür verantwortliche Politik auch nur ein einziges Wort darüber verliert, geschweige denn Lösungsansätze vorlegt“, so die Bundestagsabgeordnete, die dem Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend angehört.